



DEUTSCHER PRÄVENTIONSTAG

**Verlagerung des Straßenstrichs in Köln / Das Modell eines  
legalen Straßenstrichs**

von

***Sabine Reichert***

Dokument aus der

Internetdokumentation Deutscher Präventionstag

**[www.praeventionstag.de](http://www.praeventionstag.de)**

Hrsg. von

***Hans-Jürgen Kerner und Erich Marks***

im Auftrag der

Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe  
(DVS)

---

Zur Zitation:

Reichert, S. (2000): Verlagerung des Straßenstrichs in Köln. In: Kerner, H.-J.;  
Marks, E. (Hrsg.): Internetdokumentation Deutscher Präventionstag. Hannover.  
[http://www.praeventionstag.de/content/9\\_praev/doku/reichert/index\\_9\\_reichert.html](http://www.praeventionstag.de/content/9_praev/doku/reichert/index_9_reichert.html)

Die Idee eine Anlaufstelle für Mädchen und Frauen in Köln einzurichten, deren Lebensmittelpunkt die Straße ist, die obdachlos sind, Drogen konsumieren, der Prostitution nachgehen, wurde vom Sozialdienst katholischer Frauen e.V. entwickelt und 1988 realisiert.

Das niedrigschwellige Kontaktcafé Mäc-Up in der Kölner Innenstadt unterstützt diese Frauen bei der Existenzsicherung, bietet differenzierte Hilfen bei der Stabilisierung und Verbesserung ihrer Lebenssituation - auch der häufig desolaten gesundheitlichen Verfassung - an und versucht mit den Betroffenen langfristig Alternativen zum Leben auf der Straße zu entwickeln.

### Vor der Verlagerung des Straßenstrichs

#### Gewalt gegen Prostituierte

Ein Bestandteil der Arbeit im Café Mäc-Up war die Straßensozialarbeit auf dem Straßenstrich im Bereich der Kölner Innenstadt seit 1996 bis zur Verlagerung der Szene im Oktober 2001.

Dieser Strich wurde fast ausschließlich von Frauen genutzt, die ihre Drogensucht mit Hilfe der Prostitution finanzieren. Über die aufsuchende Arbeit konnten Kontakte zu diesen Frauen hergestellt werden.

Der gesundheitliche Zustand vieler Frauen war äußerst bedenklich, wenn nicht sogar bei einigen katastrophal. Suchtbedingte Erkrankungen, Wohnungslosigkeit, Verletzungen durch Gewaltübergriffe sowie der Stress der Geld- und Drogenbeschaffung hatten eine nicht gerade gesunde Lebensführung zur Folge. Der Stress wurde darüber hinaus durch die Polizeipräsenz auf dem Straßenstrich deutlich verstärkt.

Da das Gebiet innerhalb des Sperrbezirks lag, mussten die Frauen ständig damit rechnen, von der Polizei aufgegriffen zu werden. Platzverweise, in Gewahrsamnahmen und Bußgelder drohten.

Die Vertreibungsstrategien beeinflussten u.a. aber auch das Sicherheitsverhalten der Frauen. So stiegen sie - um den Repressionen durch die Polizei zu entgehen - oft sehr schnell in die Autos von Freiern ein, ohne sich vorher einen ersten Eindruck verschafft oder Verhandlungen geführt zu haben. Mit dem Freier fuhren sie dann meist in abgelegene Gebiete, wo sie den Männern schutzlos ausgeliefert waren.

Die Frauen berichteten uns wöchentlich von Gewaltübergriffen durch Freier. Die Erzählungen waren schockierend und ließen kaum eine Abartigkeit und Erniedrigung aus. In der Regel zeigten sie diese Übergriffe nicht an. Sie hatten Angst, sich wegen verbotener Prostitution und Konsum illegaler Drogen selbst zu belasten. Hinzu kam, dass sie kein Vertrauen zur Polizei hatten, die sie hauptsächlich als „Verfolger“ wahrnahmen. Fehlendes Selbstbewusstsein und mangelndes Selbstwertgefühl unterstützten dies. Einige hatten die Erfahrung gemacht, dass ihnen von Polizei und Justiz nicht geglaubt wurde. „Prostituierte kann man gar nicht vergewaltigen“, „Wer glaubt schon einer Junkie-Hure?“, „Für die bin ich doch eh nur der letzte Dreck“ waren Aussagen, die wir oft hörten.

Wir gehen davon aus, dass sich die Täter dieses Umstandes bewusst sind.

Teilweise gingen die Opfer bereits wenige Stunden nach einer solchen Tat wieder der Prostitution nach, um jetzt erst recht das Geld für den nächsten Schuß finanzieren zu können. Die psychischen Belastungen und Erinnerungen an frühere Gewalterlebnisse - auch aus Kindheit und Jugend - sind für das Opfer unerträglich, was meist deutlich zu einem Anstieg des Konsums führt, um mit dem Erlebnissen besser „überleben“ zu können. Das führte wiederum nicht selten dazu, dass sie aufgrund ihres übermäßigen Konsums, mit der Folge einer beeinträchtigten Wahrnehmung, sich geradezu erneut als Opfer anboten.

Wir entwickelten ein Informationssystem, in dem sich die Frauen gegenseitig und anonym über gefährliche Freier informieren konnten. Dabei stellten wir fest, dass es sich bei einem Teil dieser Männer um Wiederholungstäter handelt, was uns dazu veranlasste, Kontakt zu den zuständigen Polizeiinspektionen und zum Fachkommissariat für Sexualdelikte aufzunehmen. Dadurch konnten wir unsere Beratungen in Bezug auf Anzeigenerstattung etc. verbessern und gleichzeitig im Rahmen - teils intensiver - Fortbildungen die Beamten dafür sensibilisieren,

Drogenprostituierte nicht nur als Täterinnen, sondern auch als Opfer wahrzunehmen und somit die Gesamtheit der Situation besser einschätzen und erkennen zu können. Diese Zusammenarbeit veränderte langfristig nicht nur das Verhältnis und die Haltung zwischen den Polizisten und der Sozialarbeit, die Haltung gegenüber den Prostituierten, sondern auch erheblich das Anzeigeverhalten der Frauen.

Wir konnten feststellen, dass eine Begleitung unsererseits zur Polizei, zu medizinischen Untersuchungen, Rechtsanwältinnen, ggf. Gerichtsverhandlungen etc. eine deutliche Entlastung für die Frauen darstellte. Aber nicht jede Frau brachte die Kraft auf, diesen langen und mühevollen Weg von der Anzeige bis zur Gerichtsverhandlung durchzustehen.

Darüber hinaus boten wir einen Selbstverteidigungskurs an, der genau auf ihre konkrete Situation beim Anschaffen abgestimmt war.

All diese Interventionen unsererseits erwiesen sich aber immer wieder nur als „Tropfen auf den heißen Stein“, der nicht zu einer tatsächlichen Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen führte.

Die Prostituierten formulierten im Laufe der Jahre immer wieder den Wunsch nach einem legalen und sicheren Arbeitsplatz. So suchten wir nach einer alternativen Umgehensweise, die nicht nur auf Vertreibung, sondern auf Duldung basiert und wurden letztlich in den Niederlanden, beim Utrechter Modell fündig. Dieses Modell überzeugte uns und war das Vorbild für das Konzept in Köln.

Im Laufe der Jahre häuften sich Bürgerbeschwerden über die Begleiterscheinungen des Straßenstrichs. Der Druck auf die Stadt wurde zunehmend größer und die Problematik wurde zu einem der brisantesten Themen der Kommunalpolitik. Es musste eine „Lösung“ für das Problem gesucht werden. Die bislang gegangenen Wege hatten nicht zu einer befriedigenden Situation geführt. So entschied sich der Rat der Stadt Köln 2001 zu einem sehr mutigen Schritt: die Verlagerung und Einrichtung eines legalen und sicheren Straßenstrichs außerhalb des Sperrbezirks.

In der darauffolgenden Entwicklungsphase war es notwendig, die Prostituierten in die Planung zu integrieren. Dies war nicht nur wichtig, um deren spezifische Arbeitsabläufe und den daraus resultierenden Arbeitsbedingungen in die konkrete Gestaltung miteinbeziehen zu können, sondern auch, um eine Identifikation mit dem neuen Gelände und eine Vorbereitung auf den bevorstehenden Umzug zu erreichen.

Am 4. Oktober 2001 wurde der Platz im nördlichen Gewerbegebiet in Köln-Niehl – ca. 12 Kilometer entfernt vom alten Strich - an der Geestemünderstraße geöffnet.

### Verlagerung des Straßenstrichs Modellprojekt Geestemünderstraße

Seit Beginn arbeiten wir täglich sechs Stunden vor Ort. Uns steht direkt auf dem Gelände ein Container als Kontaktstelle für die Prostituierten zur Verfügung, der Raum für Pausen und Beratungsgespräche bietet. Die Frauen können sich hier mit Getränken und Essen, Kondomen und anderem Arbeitsmaterial sowie sauberem Spritzbesteck versorgen. Darüber hinaus werden wir als Ansprechpartnerinnen für ganz alltägliche Probleme, die Entwicklung von alternativen Lebenskonzepten bis hin zum Ausstieg aus der Sucht und Prostitution genutzt.

Die Ziele unserer Arbeit umfassen im Wesentlichen die Stabilisierung der sozialen und psychischen Konstitution der Klientel; die Förderung von Gesundheitsbewußtsein und gesundheitliche Stabilisierung; Stärkung des Selbstwertgefühls und Mobilisierung individueller Ressourcen und Fähigkeiten; Durchsetzung von Inanspruchnahme sozialer Leistungen.

Zu unseren Angeboten zählen: Kriseninterventionen, Begleitungen zu Behörden, Ämtern, Krankenhäusern; Mindestversorgung mit Essen und Getränken; Einzelfallhilfe, Weitervermittlung an Institutionen des Hilfesystems; Ausstiegsberatung und Begleitung; Präventionsangebote.

Um den Zugang zu den Frauen zu erreichen, ist es notwendig, unsere Arbeit nach sozialarbeiterischen niederschweligen Grundsätzen auszurichten, d.h. die Inanspruchnahme von Hilfen und Unterstützung ist freiwillig; wir arbeiten anonym und unterliegen der Schweigepflicht (auch gegenüber unsere Kooperationspartner auf dem Straßenstrich); wir arbeiten akzeptierend. Ein Arbeiten mit dem erhobenen moralischen Zeigefinger würde der Vertrauensbildung entgegenwirken. Und gerade das Vertrauen ist notwendig, damit die Frauen sich mit ihren Problemen an uns wenden.

Wenn eine Frau z.B. Drogen konsumiert oder anschaffen geht, dann besteht unsere Aufgabe darin, sie so zu unterstützen, dass sie diese Phase in ihrem Leben möglichst unbeschadet übersteht.

Gerade bei dem Thema Ausstieg ist das Tagesangebot Mäc-Up eine wichtige Ergänzung zu unserer Arbeit auf dem Strich, da nicht alle Belange, die an uns herangetragen werden, nachts und vor Ort gelöst werden können.

Wenn eine Frau sich zu einem Ausstieg aus der Sucht/der Prostitution entscheidet, ist dies nichts, was mit einfachen und schnellen Konzepten initiiert werden kann, auch wenn dieser Wunsch von Außenstehenden und Geldgebern immer wieder geäußert wird. Nach unserer Erfahrung kann ein Ausstieg immer nur als Prozess intensiver Begleitung verstanden werden. Gerade Frauen, die sehr lang in diesem Milieu tätig waren, brauchen oft ebenso lange, um die dort gelernten Verhaltensweisen ablegen zu können. Für manche bedeutet das Verlassen dieser Szene ein Abgleiten in Einsamkeit, ein Aufgeben von Kontakten und Freundschaften.

Hinzu kommen mangelndes Selbstwertgefühl und Scham, ein „sich-nicht-zutrauen“ sich in der „normalen“ Welt behaupten zu können.

Im Rahmen des Mäc-Up bieten wir den Frauen an, sie im Rahmen einer Methadonsubstitution oder/und im Rahmen der Hilfe des §39 BSHG (Hilfe zum selbständigen Wohnen) zu begleiten.

Unsere Arbeit auf dem Straßenstrich Geestemünderstraße wird ergänzt durch Mitarbeiterinnen des Gesundheitsamtes der Stadt Köln, die mehrmals wöchentlich Beratungen zu Gesundheitsthemen wie z.B. sexuell übertragbare Krankheiten übernehmen.

Seit Beginn des Projektes bis April 2004 erreichten wir über 400 verschiedene Frauen, die auf der Geestemünderstraße angeschafft haben bzw. dies aktuell tun. Mittlerweile arbeiten dort täglich zwischen 40 und 50 Frauen regelmäßig.

Die Frauen sind im Alter von 18 bis 60 Jahren. Der Großteil ist allerdings in der Altersspanne zwischen 20 bis 30 Jahren.

Wir schätzen, dass ein Drittel der Frauen über keinen festen und eigenen Wohnsitz verfügt; eine ganze Reihe nutzen die Übernachtungsmöglichkeiten, die Freier ihnen anbieten.

Rund ein Drittel der Frauen hat einen migrationsspezifischen Hintergrund, wobei es sich dabei um Frauen handelt, die über einen legalen Aufenthaltsstatus verfügen. „Illegale“ sind aufgrund der Präsenz der Ordnungsbehörden nicht vor Ort.

Das neue Gelände wird nicht nur von drogengebrauchenden Prostituierten (60-70%), die ihre Sucht mit der Prostitution finanzieren, sondern auch einigen Frauen genutzt, die eher der „professionellen“ Prostitutionsszene (30-40%) zuzurechnen sind. Allerdings konsumieren fast alle der Frauen legale wie illegale Drogen, um die Belastungen der Arbeit besser ertragen zu können.

Sehr viele und gerade Frauen, die sehr spät in die Prostitution einsteigen, tun dies oft aufgrund fehlender beruflicher Perspektiven, oder weil sie keinen anderen Ausweg sehen, um Schuldenberge abzutragen.

Seit Beginn des Projektes gab es in diesem Gebiet nur vereinzelt im vergangenen Jahr Gewaltübergriffe durch Freier, was für uns den größten Erfolg - verglichen mit der Situation in der Innenstadt - darstellt. Die Frauen fühlen sich wesentlich geschützter als vorher.

Die Präsenz von Drogenabhängigen und Nichtabhängigen führt immer wieder zu Konkurrenzen zwischen den Frauen. Diese Auseinandersetzungen stellen sich nicht immer gewaltfrei dar. Wir können zwar meist deeskalierend einwirken, doch gibt es immer wieder Situationen, die nur unter Hinzuziehung von Polizei und Ordnungsamt lösbar sind.

Um die Kontrollierbarkeit der Straßenstrichszene Geestemünderstraße und das Gelingen der Sozialarbeit zu gewährleisten, ist eine gute Zusammenarbeit zwischen allen beteiligten Institutionen (Ordnungsamt, Polizei, Gesundheitsamt und Sozialdienst katholischer Frauen) von besonderer Bedeutung. Das Ordnungsamt und die Polizei sind zuständig für die Sicherheit auf dem und um das Gelände herum, damit Gewaltübergriffen vorgebeugt werden und sich dort keine neue Szene etablieren kann.

Eine gute Zusammenarbeit gelingt unserer Ansicht nach nur dann, wenn alle, die vor Ort zusammen arbeiten, dies freiwillig tun, die unterschiedlichen Arbeitsaufträge, -weisen und -ziele kennen, Möglichkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit herausgestellt sind und respektiert werden, um in Krisensituationen zu wissen, was vom anderen erwartet werden kann. Gerade wenn solch unterschiedliche Berufsgruppen miteinander arbeiten sollen, ist es dringend notwendig, die einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die zugrundeliegenden Menschenbilder und Perspektiven im Vorfeld zu sensibilisieren.

Der Aufbau einer guten Kooperation unterschiedlichster Berufsgruppen benötigte Zeit, viele Gespräche und gemeinsame Fortbildungen. Ebenso notwendig ist das Entwickeln und Festlegen gemeinsamer, tragfähiger Kommunikationsstrukturen.

Anhand des Umstandes beispielsweise, dass Prostituierte sich nun vermehrt an die Polizei wenden, Anzeigen erstatten, im Austausch miteinander sind und sie in ihrer Funktion als „Beschützer“ wahrnehmen, zeigt sich, dass diese Zusammenarbeit Früchte getragen hat.

Im Januar 2002 begann das Sozialpädagogische Institut Berlin eine zweijährige wissenschaftliche Begleituntersuchung. Untersuchungsgegenstände waren im Wesentlichen, wie das Projekt angenommen wird, ob es eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitssituation der Prostituierten und einfachere Ausstiegsmöglichkeiten zur Folge hat (Der Endbericht wird ab Sommer 2004 erhältlich sein).

## Resumee

Nach zweieinhalb Jahren Erfahrung mit dem Modellprojekt Geestemünderstraße können wir sagen, dass die primären Ziele, eine deutliche Reduzierung der Gewaltübergriffe auf Prostituierte und die Erreichbarkeit der Prostituierten für gesundheitsfördernde und soziale Hilfsangebote sowie die Minimierung der Belästigung der Anwohner in der Innenstadt erreicht worden sind. Die Innenstadt ist beschwerdefrei, Frauen und Kunden nehmen das Angebot an.

Wir halten das Modellprojekt Geestemünderstraße für eine geeignete Möglichkeit, um Prostituierte vor Gewaltübergriffen von Freiern zu schützen, das Vertrauen in die Ordnungsbehörden zu fördern und ihnen letztlich ein stressfreieres Arbeiten zu ermöglichen, das Raum lässt, um sich mit alternativen Lebensmustern zu beschäftigen und diese ggf. in Angriff zu nehmen. Da das Problem „innerstädtischer Straßenstrich“ kein Köln spezifisches ist, halten wir unser Modell in seinen Grundgedanken auf andere Kommunen übertragbar und zur Gewährleistung der Sicherheit der Prostituierten für absolut notwendig.